

Medienmitteilung vom 15. Januar 2014

Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus Eine notwendige und effiziente Investition in den Wohnkanton Bern

Die Grünen erachten die Fortführung des bewährten, schlanken Gesetzes über die Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus als vordringlich und notwendig für die Stärkung des Wohnkantons Bern. Die Grünen kritisieren denn auch den Entscheid der bürgerlichen Parteien, die in der vorberatenden Kommission das Eintreten auf die Verlängerung des Gesetzes verweigert haben. Die bürgerlichen Parteien betreiben damit eine Vogel-Strauss-Politik. Sie verschliessen die Augen davor, dass in den bevölkerungsreichen Agglomerationen des Kantons Bern die Mietpreise für Familien mit Kindern, aber auch für andere Wohnungssuchende, unerschwinglich hoch geworden sind. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass sich der Kanton Bern zu einem attraktiven Wohnkanton entwickelt.

Das Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus hat sich in den drei Jahren seit seinem Inkrafttreten bewährt. Der Kanton Bern kann damit dank einer Förderstelle und sehr moderaten Projektbeiträgen als Katalysator Projekte für den gemeinnützigen Wohnungsbau anstossen. Die bisher unterstützten Projekte illustrieren, dass der Bedarf danach auch in kleineren und mittleren Gemeinden und bei Wohnbaugenossenschaften im ganzen Kanton gross ist.

Als Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative des MieterInnenverbandes geschaffen, konkretisiert das Gesetz die in der Kantonsverfassung verankerte Aufgabe, den preisgünstigen Wohnraum aktiv zu fördern. Das schlanke Gesetz antwortet auf dringliche Probleme auf dem Wohnungsmarkt, der in verschiedenen Agglomerationen des Kantons Bern zu einem sozialen Brennpunkt geworden ist. Die Regionen mit statistisch ausgewiesener Wohnungsknappheit (Thun, Biel, Mittelland, aber auch Saanen/Obersimmental) umfassen die Mehrheit der Berner Wohnbevölkerung. Heute finden insbesondere junge Familien im Kanton Bern keine geeigneten und bezahlbaren Wohnungen mehr und ziehen als Folge davon in die Nachbarkantone Freiburg oder Solothurn. Viele pendeln für die Arbeit in den Kanton Bern, bezahlen aber ihre Steuern in anderen Kantonen. Dies ist weder in ökologischer noch in finanz- bzw. steuerpolitischer Hinsicht im Interesse des Kantons Bern.

Das Nichteintreten der vorberatenden Kommission auf die Verlängerung des Gesetzes über die Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus ist auch deshalb unverständlich, weil sich viele Gemeinden und Städte für die Fortführung des Gesetzes ausgesprochen hatten. Es ist nun an den Gemeinden, ihre (bürgerlichen) Vertretungen im Grossen Rat im Hinblick auf die Grossratsdebatte für die Notwendigkeit des Gesetzes zu sensibilisieren. Nur so kann der verfassungsmässige Auftrag zum Wohnungsbau (Art. 40: "Kanton und Gemeinden treffen Massnahmen. [...] Sie fördern den preisgünstigen Wohnungsbau") umgesetzt werden. Falls der Kanton Bern die heute sehr moderate Wohnbauförderung tatsächlich abschafft, gerät der Wohnkanton Bern im inter-

kantonalen Vergleich noch weiter in Rückstand. Auf Bundesebene hat der Bundesrat die Zeichen der Zeit erkannt und Volkswirtschaftsminister Schneider-Ammann hat einen wohnungspolitischen Dialog zusammen mit den Städten und Gemeinden lanciert. In zahlreichen Kantonen ist die Notwendigkeit der Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus bei vielen bürgerlichen Parteien unbestritten. Die Grünen Kanton Bern werden sich mit voller Kraft für eine nachhaltige und umweltverträgliche Wohnbaupolitik einsetzen, welche den Wohnkanton Bern stärkt statt weiter schwächt. Die Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus ist auch Teil des Programms "Fünf Entwicklungssachsen für einen modernen und zukunftsfähigen Kanton Bern" der Grünen.

Für weitere Auskünfte:

Natalie Imboden, Grossrätin, 079 706 62 84

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, 079 263 47 68